

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

35 (10.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252467](#)

Norddeutsches Volksblatt.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gleichen Feiertagen.
Inserate: die viergeplättete Zeile
10 S. bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungskarte Nr. 5059.

Organ für Vertretung
der Interessen des werkthätigen Volkes.

Abonnement
bei Vorabnahme frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 M.
für 2 Monate 1,40 "
für 1 Monat 0,70 "
excl. Postbestellung.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Inseraten-Ausnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erüben.

Nr. 35.

Bant, Sonntag den 10. Februar 1895.

9. Jahrgang.

Umsurz der Wissenschaft.

"Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei", lautet einer der holzesten Paragraphen der preußischen Staatsverfassung. Aber er lautet nur so; wenn er den faktischen Zuständen entsprechen sollte, müsste er lautet: "Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, soweit es die Polizei erlaubt." Aber das genügt den Leuten noch nicht, die sich für die berufenen Retter der Gesellschaft vor dem Drachen des "Umsurzes" halten. Mit der Fassung, die in der Umsurzkommision dem § 111 a gegeben worden ist, hat man der Polizei und den Gerichten es an die Hand gegeben, der freien wissenschaftlichen Forschung vollkommen den Garas zu machen. Mit dieser Aussicht sieben wir nicht allein. Auch dem manzgrauen Nationalliberalismus dämmt es und dort eine Abneigung von dem Unheil auf, das seine Vertreter im Bunde mit den Reaktionen von der rechten Seite und vom Zentrum angerichtet haben. Man erkennt die Gefahren, welche der § 111 a in sich birgt. Einem süddeutschen nationalliberalen Blatte entstehen die folgende Stichpunkte:

"Für die Freiheit der Presse, der Wissenschaft bedeutet unweiblichkeit der § 111 a auch in der neuen Fassung eine ernsthafte Gefahr. Es kann unter Umständen die wissenschaftliche Weise ausgefüllte Begründung der Notwendigkeit eines historischen Ereignisses, das unter Anwendung von Gewalt erfolgte, als eine Darstellung aufgeschafft werden, andere zum Beobachten solcher strafbaren Handlungen anzuregen."

Aha! Jetzt sehen die Herren endlich die Rathe, die sie sich blinder Weise selber binden wollen!

Wir wollen ein Beispiel anführen. Der Kurfürst anderer Fürsten und mit dem König von Frankreich wider den Kaiser Karl V., überfiel 1522 diesen plötzlich und zwang ihn zu dem für die Protestantischen aufläufigen Vertrag von Passau. Der ultramontane Geschichtsschreiber Janssen nennt diese That Moritzens einen "Nichtsverrat"; der liberale Geschichtsschreiber Schlosser spricht davon von Moritzens "Geschäftsgröße" und "Heldenmuth" und preist das "glorreiche Resultat" der Verhandlung mit dem "Erbfeind", den Franzosen. Wer ultramontaner Rät ist in mithilfe die Schlosser'sche Darstellung notwendiger Weise zu einer Berichtigung führen, und wir haben in Deutschland ultramontane Richter genug.

Umgekehrt: wenn ein ultramontaner Geschichtsschreiber die karistischen Auffände in Spanien beschreiben wollte, und zwar in dem Sinne, wie sie in der ultramontanen deutschen Presse in den siebziger Jahren als verdienstliche Kämpfe "für Thron und Altar" dargestellt worden sind, so würden liberale Richter eine solche Darstellung verurtheilen können, und sie würden dazu angefordert werden,

wenn sie lesen würden, wie die Karlisten unter Führung und werden die Arbeiten aller Helden und Revolutionäre ihrer Doma Blanca gegen die spanischen Liberalen getrieben haben.

Aber dabei wird es gar nicht bleiben. Die Umsurzvorlage verlangt ja noch besonderen Schutz für die Religion und speziell die Ultramontanen haben auch die "Sittlichkeit" dem Schutz des Gelehrten empfohlen, eine Sache, in der sich besonders die ausdrucksstarken Kapläne sehr eifrig zeigen. Wenn diese Wünsche, was kaum mehr als beispielhaft ist, Geltung werden, dann werden die Denunziationen, die vom Zentrum in mittelalterlichem Bildungsstil gegen Naturforscher und andere Gelehrte geschildert werden, erst voll und ganz wirken. Hat doch Herr Körbering auf eine Anfrage zugegeben, dass eventuell auch Professoren, also Lehrer an den Hochschulen, von dem Umsurzvorschlag getroffen werden sollen. Wir werden damit in die Reihen des berüchtigten Wölner'schen Coalts von 1788 zurückkehren, ohne dass ein besonderer Gott mehr notwendig ist. Damals ließ sich der bloße Brünnskönig Friedrich Wilhelm II. von seinen Ministern Wölner und Bischofswerder überreden, die von der Philosophie angewiesene alte Kirchenlehre mit Gewalt zu rütteln. Der König glaubte darin neuen Trost gegen die Gewissensbisse zu finden, die ihm seine Sünden verursachten. Das Wölner'sche Edikt verbot jede Abweichung von der überliefernten Glaubenslehre, sowohl auf der Kanzel als auf dem Ratstheater, bei Strafe der Abhängung.

Immanuel Kant, der berühmte Philosoph zu Königsberg, wurde damals als "ein gefährlicher Reuerte" von oben herab enttarnt.

Diese Seiten sind jetzt im Begriff, wiederzukehren, und ein entnervtes, völlig ratlos gewordenes Bürgerthum ist im Begriff, von rothen Geppen beängstigt, alle untreue Erziehungsanstalten den reaktionären Nächten auszuliefern.

Unsere deutschen Professoren sind bekanntlich keine Helden. Die Göttin Sieben, die sich lieber magazeln lieben, als dass sie sich der Reaktion unterwerfen, haben wenig Schulz gemacht. Und obwohl sind viele Professoren kapitalistische Unternehmer geworden; es steht solche, die aus ihrer Position jährlich 50 bis 80 000 Mark herauszuschlagen können. Wenn diese Deutschen wählen sollen zwischen ihrem warmen Nest und der freien Forschung dann werden sie mit ruhigem Gemüth die freie Forschung zum Teufel geben lassen.

In der That — der Geist des seligen "Sonnenstiebers" Knack geht wieder um. Wie lange wird es dauern, bis die kommen Brüder bieder Konfessionen verlangen, das in den Schulen wieder gelebt wird, die Sonne drehe sich um die Erde?

Haben denn Opernkus, Tycho de Brahe und der

große Kepler ihre Berechnungen wirklich umsonst gemacht

und werden die Arbeiten aller Helden und Revolutionäre des Geistes auf den Schriftstücken geworfen werden?

O nein! Tausend Mal nein! Die Rückwärtsschreiber an der Uhr des Jahrhunderts kommen zu spät. Viel zu spät!

Dem gitternden Bürgerthum mag man die alten Dogmen wieder mit Gewalt einblauen. Aber nicht der Arbeitersklasse. Diese hat, Dank der unausgelebten Tätigkeit der Sozialdemokratie, materialistische Überzeugungen in sich aufgenommen, die ihr keine Macht der Erde wieder aufzuhalten kann.

Mit Millionen und aber Millionen von Schriften sind die deutschen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit aufgeklärten, politisch denkenden und gebildeten Menschen gemacht worden.

Und dies ist der Fels, an dem das "Karren Schiff" der vereinigten Reaktionäre scheitern wird.

Politische Rundschau.

Bant, den 9. Februar.

— In der gestrigen Reichstagssitzung wurde die Besprechung der Interpretation § 111 a beendet. An derselben beteiligten sich noch der nationalliberale Abg. Heyl von Hernsheim, der Konservative Hüpeden und von unserer Seite der Genossen Legien. Heyl von Hernsheim erklärte, er stehe auf dem Boden für gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ein Theil seiner Freunde sei mit den geistigen Ausführungen des Handelsministers nicht einverstanden. Die Arbeiter des Abg. Hüpeden betonte, dass er mit seinen Freunden wohl einen Fortgang der Sozialreform wollte, nur ist der gegenwärtige Augenblick dazu nicht geeignet. Die Sozialdemokratie habe die gewerkschaftliche Bewegung und darum müsse die unterstehen werden. Man müsse sich hüten, den Glauben zu erwischen, als wehe heute ein unfreundlicher Wind für die Arbeiter; der Schein, dass die Gerechtigkeit auf Seite der Gegner sei, dürfe nicht entstehen. Genossen Legien wusste hierauf die Widerprüche der Regierung im Punkte ihrer Stellung zur Sozialreform und Sozialdemokratie treffend zurück und geheizte die Behauptung des Herrn Stumm, dass zwischen Arbeiter und Unternehmer kein Unterschied bestehe. Auch Herr Hüpeden bewies er die Unrichtigkeit seiner Aussagen, es gäbe zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie einen Gegensatz. Die Sozialdemokratie wird weiter machen, solange die Forderungen der Arbeiter nicht befriedigt werden. — Nachdem noch mehrere Wahlprüfungen vorgenommen, erfolgte Schluss der Sitzung.

— Aus den Reichstagskommissionen. Die Kommission zur Verabschaffung der Umsurzvorlage setzte

Die Frau der Nr. 4237.

Von Sophie Kropotkin. Aus dem französischen von R. Berg
5. Fortsetzung.

Die alte Mutter ertrug diesen Kummer nicht mehr lange, man trug sie vierzehn Tage nach Jean's Vertheilung hinaus auf den Kirchhof.

Jean wurde fast geschoren, barbirt, in Straßlingskleider gesteckt und nach der Centrale geschafft...

Es war schon längst Mitternacht, als Julie, noch immer am Fenster stehend, von ihrem ermudeten Körper an die Ruhe gewünscht wurde. Sie führte den Kopf auf die Arme und starnte schlafrunken durch das offene Fenster.

Um 5 Uhr Morgens hatte Julie keine Ruhe mehr, um 7 Uhr klingelte sie schon an der Glastüpfelpiorte.

"Ist der Direktor schon zurück?" war ihre erste Frage an den sie einlassenden Beamten.

"Ja, zurück ist er schon, aber er wird nicht vor acht Uhr kommen", damit ließ er sie stehen.

Sie nahm schläfrig Platz auf einer Bank.

9 Uhr, 10 Uhr. Man sagt ihr, dass der Direktor sich nach der Präfektur begeben habe. Soldaten kommen und gehen, wechseln Worte in einem Dienstaudienz, welches Julie nicht versteht. Sie wartet noch immer, jede Minute scheint ihr eine Ewigkeit zu sein.

Sie versteht endlich einige Worte von der Unterhaltung der Soldaten, sie hört, dass einer darüber aus dem Hospital gekommen ist und wendet sich an ihn.

"Sagen Sie mir, mein Herr, was muss ich tun, um den Direktor zu sprechen. Ich bin gekommen, um meinen Mann zu sehen, aber ich habe noch keine Erlaubnis."

"Wer ist Ihr Mann?"

"Jean Tisot, er lag gestern im Hospital."

"Wo arbeitet er denn?"

In der Berliner Zeitung:

"Jean Tisot, Nummer 4237? —"

"Aber wie kommen Sie dazu, ihn leben zu wollen. Man wird ihn in einer Stunde beerdigen. Wissen Sie nicht, dass er gestern gestorben ist? —"

Ein Schmerzensknecht entrang sich aus der Brust der armen Frau. Ihre Knie zitterten, sie fühlte, dass ihre Kräfte sie verlieren, als sie endlich den Oberaufseher bemerkte, welcher gestern soviel Mitgefühl für sie hatte. Sie eilte ihm entgegen, in der Hoffnung, dass er die Schreckensnachricht für erfunden erklären würde.

Letzter war dieselbe nur zu wahr.

Der Oberaufseher lud sie ein, hereinzutreten und die 22 Franken (17,60 Mt), welche der Verkorbene im Glastüpfel verdient, in Empfang zu nehmen. Gleichfalls würde er auch ihres Mannes Sachen erhalten.

Julie hörte nichts mehr, bleich wie ein Leichenstück war ihre Gesichtsfarbe, die Augen waren aus ihren Höhlen getreten. Sie stützte sich auf das Gitter und stieß einige Laute aus, die Niemand verstand.

Endlich sagte sie:

"Werden Sie mich von ihm Abschied nehmen lassen?" Durchaus unmöglich, das Reglement verbietet es. Ja einer Stunde wird das Leichenbegängnis stattfinden, der Sarg wird an dieser Stunde vorbeigetragen werden. Sie dürfen dann dem Zug bis zum Kirchhof folgen."

Julie setzte sich auf die Treppenstufen, wo sie regungslos wie eine Bildsäule verharzte. Sie sah und hörte nichts mehr.

Wödlich fuhr sie zusammen und stürzte auf das Gitter zu, hinter welchem eine Stimme Todtenten gebrachte. Das Tor wurde geöffnet. An der Spitze des Zuges ging ein Gefangener, welcher ein großes Kreuz trug und Gebete murmelte. Ihm folgte ein Pfaffe im weißen Kleide, welcher

gleichfalls vor sich verbündete. Vier Soldaten trugen den Sarg, welcher mit einem grauen Tuchentuch bedekt war. Vier andere Gefangene folgten dem Sarg, die maßen die vier Träger ablösen. Hinter ihnen gingen zwei Soldaten, welche lachend mit einander plauderten.

Kein Freund, kein Kamerad seiner Werkstatt folgte dem Zug. Ein großer schwarzer Hund, dem Todtenten gehörig, beschloß den Zug, das Thier schien das einzige Wesen auf, welches den Genuss des Augenblicks fühlte.

Zu seinem Ehre sollte Julie auf den Sarg zu. "Jean, Jean, Theuerster! Nur noch einmal will ich dich sehen", rief sie. Sie riss das Tuchentuch herab und versuchte, den Deckel des Sarzes zu öffnen. Allein die beiden Soldaten hinderten sie daran und führten sie hinter den Zug.

"Verhalten Sie sich ruhig, der Sarg ist zugemagert." "Ich will ihn sehen, nur noch ein einziges Mal zum letzten Mal umarmen", rief Julie. "Gehende, Ihr tödet einen Menschen und gefährdet nicht, dass man ihm den letzten Gruss gibet!"

"Vorwärts, keinen Lärm gemacht", befahl der Soldat, während man das Tuch wieder über den Sarg wort. "Sie dürfen hier nicht stehen, wenn Sie nicht ruhig sind, dürfen Sie dem Zug nicht weiter folgen."

Julie begrüßt nun, das Jean seit er hierher gebracht, ihr nicht mehr gehörte. Sollte auf seine Linie hatte sie kein Anrecht, eine fremde grausame Macht hatte sich seiner bemächtigt, welche es sogar verhindern konnte, dass seine Frau ihm zur letzten Abreise begleite.

Sie stieg sich den Bechelen und ging neben dem Hundezug. Ihre verzerrten Mienen nahmen plötzlich einen nachdenkenden Zug an. Zu ihrem Kopfe reiste ein Plan.

(Schluß folgt.)



geht die Beratung des § 112 fort. Das Zentrum beantragt eine Änderung des Absatz 2, Abz. 2. Abz. Spahn verlangt zuvor die Definition des Begriffs der Staatsordnung. Staatssekretär Dr. Rieberding erklärt, die Bundesregierungen seien bereit, auf eine Fassung einzugehen. Die Abstimmung über § 112 soll in der nächsten Sitzung, Mittwoch, 13. d. M., erfolgen. — Die Wahlprüfungskommission hat in ihren letzten beiden Sitzungen eine Reihe von Berichten freigegeben und die Wahlen der Abgeordneten Graf von Holstein (9. holt. Wahl.), von Gauß-Lippladen (2. Kreis im Reg. Breslau), Bild (1. Kassel) und Strob (Hanau) geprüft. Die beiden ersten Wahlen sind für gültig erklärt, Strob ist beansprucht und über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Bild soll in nächster Sitzung abgestimmt werden.

— Der Antrag Ranfti betr. das Getreide-monopol, mit dem Bönen hindurch so viel geprägt worden ist, wird nunmehr doch im Reichstag zunächst nicht eingebraucht werden. Die "Berl. R. N." melden, daß von der Einbringung mit Rücksicht "auf die bevorstehenden Verhandlungen des Staatsrates" zunächst Abstand genommen werden sei. Tatsächlich richten wohl die Antragsteller, daß die Mehrheit des Reichstages den Antrag alsbald auf die Tagetordnung bringt und mit großer Mehrheit ablehnt. Damit würde zugleich dem Staatsrat die Arbeit erwartet sein. Der Hinweis auf den Staatsrat ist nur ein Vorwand, um eine öffentliche parlamentarische Kritik des Antrages zu vermeiden. Es wird berichtet, daß der Staatsrat zum 16. Februar einberufen werden soll.

— In Zentrumskreisen, namentlich im Westen und Süden, nimmt der Widerspruch gegen die Haltung der Abgeordneten in der Umstrukturkommission fortwährend zu und es zeigt sich dabei eine auffallende Einmischung sonst einander widerstreitender Elemente. In Ebersfeld-Barmen, wo ein jahrelanger "Bruderzwist" die Zentralspartei geprägt hatte, dat am Sonntag, den 3. d. M., nach der Wiederherstellung der Einigkeit die erste größere Versammlung stattgefunden, die von annähernd 1000 Personen besucht war. Diese nahm nach der "Köln. Volkszeitung," auf den Vortrag eines Kaufmanns Grimm aus Frankfurt a. M. einflussreiche folgende Resolution an: "Die heute auf dem Johanniskirchberg zu Ebersfeld tagende Katholikenversammlung verurteilt auf's Entschiedenste die freiheitssündige Umstrukturvorlage der Regierung und fordert die Zentrumsfraktion des Reichstages auf, diese in der Fassung der Regierung abzulehnen."

— Der Eichenhälwald spielt in der Frage des Querstriches die Hauptrolle; seine Besitzer sollen den Bereich des Jolles genießen. Nun sind nach der amtlichen Statistik in Deutschland 445 156 Hektar Eichenhälwald vorhanden, während daneben 501 415 Hektar mit Eichenwald bestellt sind. Der Eichenwald umfaßte 1883 nur 432 997 Hektar, hat also um 3,2 Prozent zugenommen in den letzten zehn Jahren. Von dem Eichenhälwald entfallen 323 123 Hektar auf Preußen und hier in den einzelnen Regierungsbezirken auf Koblenz 88 812, Aix-la-Chapelle 63 257, Arnsberg 54 178, Aachen 22 000, Köln 21 658, Wiesbaden 21 115 Hektar. In allen übrigen Regierungsbezirken zusammen genommen sind also noch nicht 60 000 Hektar mit Eichenhälwald bestellt. Außerhalb Preußens kommt der Eichenhälwald in größerem Umfang nur noch in Unterfranken, Niederbayern, Freiburg, Provinz Starkenburg und in Würtemberg vor.

— Eine stramme Seepolizei fordert die "Kreuz-Zeitung" — die Engländer hätten zwar sehr gute Regeln, um Schiffszusammenstöße vorzubeeinhalten, die Regeln würden aber nicht befolgt. Es fehle eben die richtige Polizei, und diese zu beschaffen sei auch der Zweck des im Reichstag eingebrachten Antrages. Dagegen den Engländern die "richtige" Polizei fehlt, ist wahr, und es fehlt ihnen sogar der "richtige" Polizeigeist. Dieser findet sich, neben seinen Drillingenbrüdern dem "richtigen" militärischen und dem "richtigen" bureauristischen Geiste, nur im Lande der preußischen Kaiser. Wie wäre es, wenn die "Kreuz-Zeitung", die jetzt durch Vorber. und Hintertreppe mit der Regierung verbreitet, es durchsetze, daß ein schädlicher preußischer Landrat — vielleicht Herr v. Röder, wenn er das Landes-Polizeiministerium zu schwierig findet — zum internationalen Serpoliet-Minister ernannt wird. Wenn ein preußischer General zum Admiral gemacht werden kann, warum nicht ein preußischer Landrat zum Seerat?

— Der Kampf gegen den "Umsturz". Ein stärkerer Wind weht augenblicklich in Leipzig gegen die Arbeiterorganisationen. Der städtischen Auflösung der Gewerkschaften der Holzarbeiter und der Glaser ist jetzt die Auflösung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen gefolgt. Zugleich wurde die einberuften Versammlungen dieses Vereins politisch verboten. Auch der Bildungsverein für Frauen und Mädchen soll dem § 24 des jüdischen Vereins- und Versammlungsgesetzes wieder gehandelt haben und zwar dadurch, daß er an die Frauen-Bildungscommission in Berlin einen Geldbeitrag von 30 M. gesandt hat.

— "Es geht nicht mehr ohne Umsturzgefecht", sagen unsere Staatsbeamten. Das ist aber doch nicht, das Betruthen nämlich, beweist neuerdings die Mitteilung Berliner Blätter, nach welcher der Jagd- und Gartenschafter Franz Rosenthal, der sich in den "Anarchisten" stellt, von der Strafammer VII des dortigen Landgerichtes wegen beleidigender Reueurungen gegen den deutschen Kaiser zu nicht weniger als drei Jahren Gefängnis verurtheilt wurde. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre beantragt.

— Deutsche Rechtsprechung. Wegen Beleidigung des Chemnitzer Polizeipräsidenten wurde der Redakteur des früheren Leipziger "Wählers", Pöllner, zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Redakteur des

"Vorwärts", Pölich, jedoch erhielt fürsich von Berliner Richtern wegen desselben Vergehen zweit Monate Gefängnis verurtheilt. — Wie lange doch Genossen Bebel in der Umstrukturkommission? Es kommt sehr viel darauf an, ob man Dienstag oder Freitag, ob man hier oder dort vor Gericht steht — und zwar schon heute. Wie viel mehr noch unter den Kautschukparagraphen des Umstrukturgesetzes.

Belgien.

Brüssel, 5. Februar. Die Helvetianen des belgischen Hochspitals Bourlaix, dieses ausgezeichneten Werke des Ministeriums Beernaert, dürfen demnächst nochmals vor den Gerichten erörtert werden. Gegen den Abgeordneten Deuffez wird sofort nach der Session die Strafverfolgung wegen seiner Beteiligung an dem Komplot von 1890 wieder aufgenommen werden. Er ist davon benachrichtigt worden und hat bereits eine gerichtliche Verordnung für Ende Juli vor das Hennegauer Schurgericht erhalten. Die Verordnung bezieht sich auf seine vorherige Verurteilung in contumaciam zu 15 Jahren Gefängnis. Deuffez war nämlich nach Frankreich geflüchtet. Als er nach seiner Erwählung in's Abgeordnetenhaus wieder heimkehrte, wurde er sofort verhaftet, jedoch wieder durch Bechluss der Kammer freigelassen. Der ganze Prozeß wird daher wieder von Neuem anfangen sein, nicht zum Vorbehalt der belgischen "Staatsmänner", in deren Auftrag Bourlaix "Attentate" vorbereitet und geheime Verbindungen organisierte.

Holland.

Amsterdam. Die Frage der Namensveränderung des nächsten internationales Arbeiterkongresses hat auch die holländischen Arbeiter beschäftigt. Während die Nummernechte-Faktion "mit Freuden" der Änderung (dass der Kongress auch als Gewerkschaftskongress zu bezeichnen sei) Zustimmung, hat der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten, weil 3 Vorstandsmitglieder für, 3 gegen die Änderung waren. Da zu den internationales Arbeiter-Kongressen von je her alle Arbeiter-Organisationen, also auch die Gewerkschaften, eingeladen waren, so hat die Namensänderung gar keine prinzipielle Bedeutung, und bedeutet namentlich nicht wie einige anarchistische Bräutigame sich eingebildet haben, ein Jurisdiktionsrecht der politischen Bewegung hinter die ge-wohntliche.

Luxemburg.

Luxemburg, 7. Februar. Auch Luxemburg hat sein Panama. In der Kammer kam gestern der ehemalige Minister Blochhausen, der 1885 entlassen wurde, wegen des Verdachts, unter mißbrauchlicher Verwendung von Staatsgeheimnissen in Akten der Prinz Heinrich-Bahn spekuliert zu haben, in längerer Ausführung auf diese Angelegenheit zurück. Staatsminister Eyschen erwiderte, Blochhausen sei nicht allein politisch, sondern auch moralisch tot. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, nunmehr sei ein parlamentarische Enquête unausbleiblich.

Frankreich.

Paris, 7. Februar. Die unehelichen Kinder sind bisher in Frankreich sehr ungünstig gestellt, weil der uneheliche Vater auf Grund des Code Napoleon keine Alimentationsverpflichtung gegen dieselben hat. Die sozialistischen Deputierten wollen diesem standalen Zustand ein Ende machen. Sie haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, die bezüglichen Artikel des Bürgerlichen Gesetzbuchs dahin abzuändern, daß die unehelichen Kinder gleiche Rechte und Pflichten wie die ehelichen haben, sowie daß die Erforschung der Vaterschaft gestattet sei.

Hessen.

Petersburg, 9. Februar. Das bekannte Kesselfreibrennen geht schon wieder los. Folgende Meldungen liegen vor: An den Universitäten in Warschau und Odessa sind nihilistische Proklamationen in Umlauf, es sind bereits mehrere Studenten verhaftet worden. — Auch an der Moskauer Universität haben antidynastische Kundgebungen stattgefunden. Seit mehreren höheren Beamten verhaftet worden, weil sie die leise Rede des Kaisers einer scharfen Kritik unterzogen hatten.

England.

London, 6. Februar. Der im Jahre 1896 in London abzuholende Internationale Sozialistenkongress wird unter aktiver Theilnahme der organisierten Arbeiterschaft Englands stattfinden. Diese erfreuliche Nachricht ist das Ergebnis der gestrigen Begegnung zwischen dem Ausschuß der englischen Sozialisten und dem parlamentarischen Comité des Trade Union-Kongresses. Es wurde ein aus 12 Mitgliedern bestehendes Comité gewählt, das die Vorbereitungen zur Einberufung und Organisierung des Kongresses zu treffen hat. Die Hälfte der Kosten haben die Trade Unions zu tragen. Zu Sekretären für das Ausland wurden gewählt: Dr. Ed. Aveling und Headingley-Smith. Letzterer war auch auf dem Berliner Bergarbeiterkongress als Leiter tätig.

Zum Kapitel der Soldatenmisshandlungen.

Schon unmittelbar nach der durch den "Vorwärts" erfolgten Veröffentlichung des bekannten Gesetzes des Prinzen Georg von Sachsen wurde in der Presse erwähnt, daß auch der deutsche Kaiser, König von Preußen sich zu einer Orde ähnlichen Inhalts veranlaßt gesehen habe.

Die Orde selbst ward seiner Zeit nicht mitgetheilt. Der "Vorwärts" ist heute in der Lage, das sehr interessante Schriftstück, welches den leidenden Beugern der Soldatenmisshandlungen wohl endgültig den Mund stoppen wird, dem Vorlaut nach zu veröffentlichen. Es bedarf keines Kommentars und lautet:

I. Ordre.

Aus den Mir von den kommandirenden Generälen eingereichten Nachweisen über die Bestrafungen wegen Misshandlung Untergebener habe Ich entnommen, wie die Fälle von Misshandlungen in Meiner Armee in der letzten Zeit sich erheblich gesteigert haben. Mit Mißfallen habe Ich auch von der vorschriftmäßigsten Handlung einiger, zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht einberufenen Soldatschüler Kenntniß erhalten, an der sogar mehrere Offiziere beteiligt waren und die zu einer öffentlichen Bekanntmachung des Anlasses gegeben hat. Ich verurtheile diese Ausübung, welche das Interesse des Dienstes und das Ansehen der Armee schädigen, auf das Schärfste und will solche Zwischenhandlungen gegen die gegebenen Befehle aus das Strengste bestraft wissen. Ich erwarte, daß durch fortgesetzte Belehrung und Erinnerung, sowie durch scharfe Überwachung derartige Ausübungen vorgebeugt und demselben, wenn sie dennoch stattfinden, durch energisches und unnachlässiges Eingreifen entgegentreten wird. Namentlich ist Mir aber aufgefallen, daß in mehrfachen Untersuchungen sich herausgestellt hat, wie von einzelnen Vorgesetzten durch lange Zeit fortgesetzte Misshandlungen und gewohnheitsmäßige Faulereien ausgeübt worden sind, welche zum Theil schwere Nachteile für die Gesundheit der Befreitenden herbeigeführt haben. Diese Ercheinung weist darauf hin, daß es bei der Wahl des Ausbildungspersonals für die Recruten an der durch die Orde vom 1. Februar 1843 zur besonderen Pflicht gemachten Sorgfalt sowie an der erforderlichen Überwachung seitens der Vorgesetzten geachtet hat. Ich mache in dieser Richtung zunächst die Compagnie, Eskadrons- und Batterie-Chefs verantwortlich, weil es ihnen bei ihrer Vertrauensstellung, ihrem unmittelbaren Einwirkungsrecht und den ihnen zu Gebote stehenden reichen Strafmaßen unter gewohnheitsmäßiger Mitwirkung ihrer Offiziere nicht schwer werden kann, die Unteroffiziere in richtigem Geiste heranzubilden und die widerstreitenden und nicht ferner zu duldenden Elemente rechtzeitig zu erkennen. Nicht minder liegt aber auch den höheren Vorgesetzten die Pflicht ob, darüber mit Ernst zu wachen, daß Mein ausgesprochener Willen genau zur Ausführung gelangt, und habe daher in Meiner weiteren Orde vom heutigen Tage bestimmt, daß Mir in Zukunft von den kommandirenden Generälen bei Einreichung der durch die Orde vom 1. Februar 1843 befohlene Nachweizung berichtet wird, welchen Vorgesetzten in Fällen gewohnheitsmäßiger und systematischer Misshandlung von Untergesetzten die Verantwortung mangels bestreiter Beausichtigung trifft und was gegen denselben veranlaßt worden ist.

Die Meine Orde ist mit jener vom 1. Februar 1843 in der dort vorgeschriebenen Weise bekannt zu geben.

Berlin, der 6. Februar 1890.

In
den Kriegsminister.
An
gen. Wilhelm.

Parteinaachrichten.

— Parteiliiteratur. Bekanntlich hat der Kölner Parteitag den Besluß gefohlt, für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts (auch in den Einzelstaaten) zu allen politischen Vertretungskörpern eine Agitation einzuleiten und zu dem Zweck eine entsprechende Schrift herauszugeben. Diese Schrift ist vom Genossen Bebel verfaßt worden und gelangt noch diese Woche zur Ausgabe. Dieselbe führt den Titel: "Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht." Mit besonderer Beaufsichtigung des Frauenstimmrechts und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Dieselbe kam in Folge eines Beschlusses der Frauenvorstände und des Proportionalwahlsystems. Dieselbe ist 56 Seiten Groskopf stark und der Preis auf 20 Pf. festgelegt. Die Broschüre erhält augenblicklich noch ein aktuelles Interesse dadurch, daß auch der Reichstag in seiner Dienstags-Sitzung mit der in dieser Broschüre behandelten Materie sich beschäftigen sollte. Auf der Tagesordnung stand befammt u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf alle 20jährigen Staatsange

Anfertigung und Lager
feinster
Herren- und Knaben-
Carderoben.
Sämtliche Herrenbedarfssartikel
als: Hüte, Mützen, Schirme,
Wäsche, Slipse, Unterzeuge.

M. KARTEL

Wilhelmshaven

Stadttheil Neubremen, Neue Wilhelmshavener Str. I.

Der Verkauf

geschieht zu unerreicht niedrigen, jedoch streng festen Preisen. Meine langjährige Thätigkeit am hiesigen Platze bürgt für strengste Reellitit.

Maler-Fachverein „Palette“.

Sonnabend den 16. Februar
Abends 8½ Uhr

Deßentl. Versammlung

im Lokale des Hrn. Janzen, Neubremen.
Tagesordnung:

1. Zweck und Ziele der Vereinigung.
2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Maler von Wilhelmshaven und Umgegend freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Herren-Anzüge

aus seinem wohinem Belour

Mark 20,00,

Beinkleider

fogenannte Halbbuckstins,
sehr fein.

Mark 3,50

empfiehlt in allen Größen als außergewöhnlich preiswerte, so wie alle anderen Garderoben bei nur solider, haltbarer Ausführung bis zu den besten Qualitäten

J. Horn
92 Roonstraße 92.

Der letzte Bestand
Winter - Paletots
wird unter Kostenpreis verkauft.

Keine Schnindelhafte Anpreisung,
wovon sich ein Jeder überzeugen kann!

Biere

aus der Dampfbierbrauerei von Th.
Heidkötter in Jever.

Lagerbier, helles Bier nach Pilsener
Art, dunkles bayrisch Gebräu
in Flaschen und Gläsern.

Cigarren in allen Preisläufen, von
2 Mark bis 15 Mark
per 100 Stück.

Joh. Fangmann,
Bismarckstraße 59.

Starke dauerhafte Sohlen
in den verschiedensten Größen und Stärken
aus allerbestem Leder erhält man sehr
billig in der

Lederhandl. v. Heinr. Stegemann,
Bismarckstraße 29,
Bismarckstraße 61 (früher Jever)

Gesangverein „Lätitia“.

Sonnabend den 23. Februar 1895:

Großer

Maskenball

in den festlich dekorierten Räumen der
„Burg Hohenzollern“ (W. Vorsum).

Sensationelle Aufführungen !!

Aufgang 8 Uhr Abends. Demaskierung 12 Uhr.

Herrenkarte 1,25, Damenkarte 0,75 Mk., Zuschauer 0,50 Mk.

Zuschauer, welche sich am Ball betheiligen, zahlen 50 Pf. nach.

Karten sind zu haben bei den Herren Buchbinder Hollander,
Gastwirth Lückener, Dummert (Burgkeller), Eiler's Hotel,
Burg Hohenzollern, Kaufmann Janzen, Marktstraße, Gastwirth
Dietrichs, Mariensiel, Wendland's Restaurant, sowie bei sämtlichen
Vereinsmitgliedern.

Karten sind an der Kasse nicht zu haben.

Der Vorstand.

Maler-Gesangverein „Flora“.

Montag den 25. Februar 1895:

Großer Maskenball

in den Räumen der Burg Hohenzollern (W. Vorsum).

Grossartige Aufführungen u. Überraschungen!

Aufgang 8 Uhr. Demaskierung 12 Uhr.

Karten für maskierte Herren 1,25 Mk., maskierte Damen 75 Pf.,
Zuschauer 75 Pf. sind zu haben im Vereinstal (Otto Eilers,
Wallstraße), in Burg Hohenzollern (W. Vorsum), bei Restaurator
L. Bruns, Bismarckstraße, in der Gastwirtschaft von Frau Gramer
in Bant, bei sämtlichen Vereinsmitgliedern, sowie Abends an der Kasse.

Zuschauer können nach der Demaskierung ohne Nachzahlung
am Ball teilnehmen.

Der Vorstand.

Gesucht

zu Ostern ein Malerlehrling mit Selbstbefestigung.

W. Calvers, Maler, Ullmenstr. 32.

Eine fette Kuh

zu verkaufen.

H. Detken, Haubihenbatterie.

Ein Stuhl gefunden

am Banter Sieggraben. Abholen gegen
Erstattung der Inserationsgebühren bei
Brünnow, Schloßstr. 21.

Das Pfand- und Leih-Geschäft

von

J. H. Paulsen,

Bant, verl. Roonstraße,

empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln,
Sesseln, Uhren, Gold- und Silber-Dingen,
Herren- und Damen-Garderoben,
— sowie —

sonstigen Gegenständen aller Art.

BIERE

aus der
bayerischen Bierbrauerei von
O. & J. ten Doornkaat-Koolman
Westgaarde b. Norden

als:
Lagerbier, helles Bier nach Pilsener Art,
dunkles Doornkaat-Brau nach Münchener
Art, sowie hochfeines Bockbier

in Flaschen und Gläsern, empfiehlt

H. Arnoldt, Bant,
Kreuzstraße.

Einziges Lager

komplett fert. Särge.

Th. Popken,

Bismarckstraße 34a.

Unserem dicken J.

zu seinem heutigen 23. Wiegendeite
ein donnerndes Hoch
dass die ganze Börsenstraße wackelt!
Kartoffel mit Schäf, rutscht wie noch nie!
Seine Freunde.

Die bestellten Exemplare der Broschüre
Umsturz und Sozialdemokratie
sind eingetroffen.
C. Buddenberg.

Pfand- u. Leihgeschäft
verbunden mit

An- und Verkauf

von neuen und getragenen Kleidungsstücken,
Möbeln, Betten, Velocipeden und Nähsäcken,
Teppichen, Uhren, Gold- und Silbersachen, Schuhen u. Stiefeletten usw.

A. Jordan,

Ecke der Schulstraße und Tonndieck 6.



Größtes Sarglager
sowie sämtliche Leichenbekleidungsgegenstände.
Übernahme ganzer Beerdigungen.

Krebs & Schnäckel,
Bant, Neue Wilhelmshavenerstraße 67.

Kohlen, Holz,

Torf und Briquetts
halo zu billigen Preisen bestens empfohlen.

Fr. Janssen,
Kopperhörn.

Häcksel
à 50 Rilo 3 Mark,
Lager- und Streustroh
sowie Futterheu

empfiehlt

Gerh. Popken,
Kopperhörn.

Waarenhaus

B. H. Bührmann.

Schwarz weiß und bunt
gestreifter

Hemden-Barchend

in guter, schwerer Waare

Meter 28 Pf.

Beilage zu Nr. 35 des „Norddeutschen Volksblattes“.

Bant, Sonntag den 10. Februar 1895.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Februar.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher und v. Berlepsch.
Die Befreiung der Interpellation hieß, betr. Arbeiterschaftsvereine und Arbeitersammeln wird fortgesetzt.

Herr Schneider (H. B.): Beim ersten, aus den Antworten des Reichstagsamtes und des Ministeriums v. Berlepsch können man entschneinen, daß die Regierung noch immer wie vorher unter Graf Caprivi auf dem Standpunkt steht, alle Gesetze darauf zu prüfen, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken. Wie in unserer Partei schon auf dem Standpunkt, daß wir meinen, eine organisatorische Ordnung der Arbeiter sei nicht hinzuverholen, wenn eine Gewerkschaftsorganisation des Handwerks und der Industrie erfolgt. Dafür alle eine Zwangsorganisation ist die freie der Gewerkschaften. Wir sind der Ansicht, daß die bestehenden Verbrennungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, Anspruch auf gesetzlichen Schutz haben. Es ist unter Wunsch, daß der Interpellation von der Regierung sowie vom Bundestag begegnet werde, daß den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter freier Spielraum gelassen werde, als bisher.

Herr Rettich (Bors.): Meine Ansichten über die Arbeit Union sind auch durch die Ausführungen des Vorwurfs nicht erschüttert, und deshalb weiß ich auch nicht, wobei der Vorwurf die Hoffnung nimmt, die er auf die Gewerkschaften legt. Ich begreife keiner nichts, wie Herr H. B. jetzt geschilderte Arbeitersammelungen verlangen kann, nachdem er früher gemeinsame Arbeitersammelungen der Arbeiter und Arbeitgeber, das das allein Richtige gehalten hat. Ich kann daher nur Herrn Möller Recht geben, wenn deshalb sagst, daß eine sozusätzliche Erneuerung auch eine materielle Erneuerung zur Folge haben müsse. Der Vorwurf, daß das soziale Königtum jetzt in den Dienst des Kapitalismus gestellt ist, ist durchaus verfehlt. Ich halte die ganze Interpellation überhaupt nur für einen Ausdruck des Dogmatismus, was der gute will und das böse schafft.

Herr Rötschke (Über.): Ich sage nicht so großen Werth auf die Arbeitersammelungen, wie auf die Anerkennung der Gewerkschaften. Für ungerechterlich halte ich auch die Ansprüche auf die Gewerkschaften in anerkennenswerter Weise Recht gebracht und auch erzielbar gut gewählt; gegenüber der Macht der Arbeitgeber müssen die Arbeiter sich kooperieren und dazu soll geschehen, daß die Gewerkschaften sich dieser Organisationen ganz nicht zu bemühen, denn sie sind schon organisiert. Die Anerkennung der Gewerkschaften soll gerade den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, ihre Wünsche zu äußern. Wir müssten vornehmen, daß unter den Arbeitern der Gewerkschafts-Vorstand greift, die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, welche ihre Interessen wahrnimmt. Man darf die Sozialdemokratie anerkennt. Das ist doch eine müttige Frage. Die Partei zählt 1 890 000 Wähler, und ich weiß noch ein paar andere für „anerkannt“. In ganz gleichgültig (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten! Es kann keinen Zweck unterliegen, daß es unter den Arbeitern zwei Strömungen gibt, die zwar vielleicht zusammen gehen, aber sich auch oft trennen, die politisch und die gewerkschaftlich. Letzte ist freilich noch nicht stark genug, um immer die Oberhand behalten zu können, aber Herr H. B. hat selbst das bestrebt, wie er sie nennt, „sozialistischen“ Richtung, die auf dem Boden der bestehenden Gewerkschaftsordnung Fortschritte erwünscht, gegebenen. Unter Gewerkschaften müsste darauf gerichtet sein, diese bestreben zu stützen und zu fördern. Wäre bei dem letzten Verbeschluß eine gesetzliche Organisation vorhanden worden, so hätte und das nur angemessen sein können. Herr Möller stimmt ich darin zu, daß die Arbeitersammelung einer der wichtigsten Fragen ist. Über so lange die Arbeitersammelungen auf gesetzlichen Boden zu bewegen, sehr ich keine Chance darin. Wenn gillt auch vom Vorwurf, so sehr ich ein Gegner desselben bin. Ich halte ihn für ebenso verfehlt, wie die Gewerkschaften. Solange diese Kämpfe auf gesetzlichem Boden bleiben, halte ich sie für gerecht. Wir alle wollen ja doch den Frieden. Um so mehr halte ich es für einen Nachteil, wenn die Meinung Blau greift, daß die Macht des Herrn v. Stumm, der jede Arbeitersammelung verhindert, die Macht aller Arbeitgeber ist. Wäre Herr v. Stumm in Berlin Arbeitgeber, wäre er dann auch noch so sagen wagen, er habe keine Sozialdemokratie in seinem Betriebe? Ich halte es auch nicht für ein Zeichen großer Rücksicht, wenn man, wie Herr v. Stumm gleich bei jeder Gelegenheit nach der Polizei ruft. Eigentümlich die Ausstellung für Un-

fallversicherung hat ja auch unser jeglicher Kaiser gesagt: „Es kommt mir darauf an, daß die Arbeiter das Bewußtsein ihrer Gleichberechtigung erhalten, dann werden sie auch der Sozialdemokratie abhängig werden.“ Das ist auch meine Ansicht. Damit ist es aber unvermeidbar, wenn man wie Herr v. Stumm den Arbeitern vorschreibt, daß sie für Leistungen leben und ob sie bezahlen dürfen um. Die Arbeiterschaftsvereine haben es durchaus bewahrt, die Disziplin ist durch sie nicht geschädigt.

Herr Ziegler (Cent.): Die Frage, ob in den Arbeitersammelungen Arbeitgeber und Arbeiter zusammenmischen sollen oder die Arbeiter gesondert, ist für das Zentrum eine offene. Die Annahme, daß der Vorrat der Arbeiterschaftsvereine durch die des Ministeriums v. Berlepsch überwunden worden sei, ist eine irrtige. Das Zentrum wollte mit der Interpellation nur zum Ausdruck bringen, daß mit der Bekämpfung des Umsturzes auch positive Maßnahmen gleicher Schritte hätten müssen. Der Vorwurf, daß Zentrum sei in der Umsatzverordnung umgedreht oder es habe in den späteren Studien der Beratung seinen fallselbst eingenommenen Standpunkt verlassen, sei ungerechtfertigt. Der Redner erhält Ramens des Zentrum, das er seine Geschäftsführer nicht von taktischen, am allernötigsten von partizipativen Rückständen abhängig machen werde, sieht wenn es zu Neuwahlen käme. Falls die Prognosierungen über den Niederschlag des Zentrum wahr würden, würden wir uns unter Stolz darein setzen, unserer gewissenhaften Lehrerziehung zum Opfer gefallen zu sein.

Herr Schneider (Berl.): Meine Ausführungen sind verschiedentlich mißverstanden worden. Ich hat mich ferngelegen, ausdrücklich vorläufige Ruhe auf dem Gebiete der Sozialreform eingetragen. Dies wurde mit meinen früheren und auch mit den gestrigen Ausschreibungen des Herrn Reichstagsamtes in WiderSpruch stehen. Die letztere war übrigens nur eine Erklärung Rumens des preußischen Regierung, ebenso wie die meinige. Man hat der Debatte darauf hingewiesen, die Arbeitersammelung, welcher der kaiserliche Erlass forderte, sei bereits durch die Berufssammelung und durch die Gewerkschaftsvereine geschlossen. Diese Annahme ist schon deshalb irrig, weil die ersten schon vor dem Erlass zu Recht bestanden. Die letzteren in der seitigen Vorlage vorgeholt waren. Der kaiserliche Erlass konnte daher diese Bestimmung nicht im Auge haben, ebenso wenig wie die Arbeiterschaftsvereine, die ja nur fakturativ und für einen Betrieb bestehen. Die Erklärung, daß das preußische Ministerium mit Arbeitersammelungen beschäftigt ist, beweist, daß die Sozialreform weiter vorangetrieben wird, ob sie nicht die sozialdemokratische Opposition zu stärken gezeigt hat. Ich halte die kaiserlichen Erkläre nicht verfehlt, ich habe sie fertig vorgefunden. Aber ich halte sie zu meinem Programm gemacht und werde in keinem Punkt von diesem Programm absehen.

Herr Stumm (Freiberg): Man könne eher von einem Roth-

stand des Arbeitstandes und der Landwirtschaft, als von einer solchen der Arbeiter sprechen. Die Hauptabschäden der Gegenwart seien ethisch-religiöser Natur. Den Vorschlägen des Staatsräths zur Ausführung des kaiserlichen Erlasses habe ich zugestimmt. Die Verhandlungen sind zur Ausführung gelangt. Ich selbst habe 1889 schon weitgehende Vorschläge gemacht. Der größte Teil der Arbeitgeber ist bestrebt, ein gutes Verhältnis zu den Arbeitern einzugehen. Ich stehe mit meinen Arbeitersammelns auf gutem Fuße, will aber die Einnahmen Dritter nicht. Herr Möller hat sich aber in dem Vorschlag von Herrn Singer zur Kapitalisierung wenden lassen. Mit einem Arbeitgeber, der so die Interessen seines Standes vertritt, hat die kaiserliche Arbeit nicht mehr. (Lachen lösst.) Redner führt hier gegen mich gerichtete Angriffe zurückzuweisen. Auch betreffe dies der Vorwurf Raumanns. Redner schlägt: Wenn wir mit Arbeitern zu thun hätten, würde ich ihnen solche Organisationen genehmigen. So lange sie aber von der Sozialdemokratie vertreten sind, die keine reine Arbeiterschaft ist, werden sie vorzeitig sein müssen.

Herr Möller, Waldenburg (Soz.): Wir unterstützen die Organisation der Arbeiter sehr gern, da sie eine Abschlagszahlung auf unsere Förderungen darstellt. Die Ausführungen des Herrn v. Berlepsch laufen darauf hinaus, daß es mit der Sozialreform einzuhören aufhören muss. Wäre der Ausführung des kaiserlichen Erlasses es also zu Wege. Das kommt man schon zu zweiten Rücksichten der letzten Zeit sehn. Trotz des kaiserlichen Erlasses sind in dieser Zeit Siege gemacht und vom Kaiser bestätigt worden, die das große Gegentheil des Erlasses zu Stande gebracht

haben. Die Interpellation wird daher Plauso machen und hat nur den Werth, die Debatte veranlaßt zu haben. Die Forderungen der Arbeitnehmer aber finden keine Berücksichtigung. Das haben wir besonders bei der Beratung des Berggesetzes im Abgeordnetenhaus erfahren. Die Lage der Arbeiter ist durch dieses Gesetz noch verschärft worden. Die Arbeiterschaftsvereine haben sie nur einmal, benutzen sie ihre Koalitionsrecht, so nicht sofort das Militär an und der Belagerungsstand ist nicht fein. Redner geht des Militärs an und die Arbeitsordnungen in den Bergwerken und auf die Behandlung der Bergarbeiter durch die Bergbeamten ein. Beides kann bestreitend, und führt am Schlüsse aus, daß die Bergarbeiter fast nicht besser daran wären als die Arbeiter unter dem alten Berggesetz des Befindungs-Ordnung. Die vorliegende Interpellation habe keinen Zweck, sie sei für die Ray und den vorliegenden Thatsachen könnte die Auffassung keine Beweisung mehr erregen, daß auch die kaiserlichen Erkläre für die Ray kein einiger persönlichen Bemerkungen wie die Weiterberatung vertragt.

Soziales.

— **Arbeiter-Entlassungen im Ruhrlohnrevier.** Das „Rhein-Westf. Tagebl.“ meldet unter dem 2. Februar aus Linden: Auf Recke „Baader Mulde“ sind mit dem Leuten v. M. 58 Arbeiter abgegangen, davon 17 Arbeitnehmer freiwillig und die übrigen auf Kündigung. Die siebzehn freiwillig abgegangenen Arbeiter müssen die Arbeitsverhältnisse höchst unerträglich gefunden haben, wenn sie in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit aus eigenem Antriebe aufzuhören. Dies Wort „freiwillig“ bezeichnet übrigens nicht weiter als die Thatsache, daß der Arbeiter selbst die Kündigung vollzogen hat. Was vorausgegangen ist eine andere Sache.

— **Arbeiter-Entlassungen.** Auf der Braunschweiger Maschinenbau-Anfahrt wurde am Donnerstag an nähernd hundert Arbeitern gekündigt. Weitere Kündigungen sollen bevorstehen. Als Grund wird Mangel an Aufträgen angegeben. Im vorjähr Sommer mußte Tag und Nacht gearbeitet werden, während nun in der trostlosen Winterzeit die Arbeiter auf das Straßenspazierlager geworfen und mit ihren Familien dem Hunger überantwortet werden. So will es die heutige auf der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise aufgebauten Gesellschafts-„ordnung“.

— Aus einem Musterbetriebe. Nach dem Statistischen Bericht der preußischen Seehandlung (April 1893 bis April 1894) beträgt der Durchschnittsjahreslohn der in der länglichen Flachsackspinnerei in Landsbut in Schlesien beschäftigten 107 männlichen Arbeiter 625, der der 283 weiblichen aber nur 375 M. Also Webereile und Spinnereile in Eintracht bei einander. Eine Landesbuter Spinnerei, die oft jenen Durchschnittslohn von 1,25 pro Arbeitstag nicht erreicht, muß davon für Nahrung, Kleidung und Wohnung sorgen und soll noch dazu oft die Eltern unterstützen, die als Handwerker auf einem der benachbarten Dörfer am Hungertuch nagen. Von der Bedürfnislosigkeit der dortigen Arbeiter zeigt der Umstand, daß sie unter solchen Umständen noch „sparen“ oder wenigstens gespart haben; freilich thun dies nur die Bestenstellten. Die Entlagen sind indes doch im vergangenen Jahre von 30 195 M. auf 28 652 M. zurückgegangen. Wahrer Hungerkünstler werden in solchen Betrieben gesucht.

Moderne Heilmittel.

Fast so alt als die Geschichte der Menschheit ist der Hypnotismus. Der alten Ägyptern war schon seine Anwendung bekannt. (Tempelschreiber.) Später geriet sie in Vergessenheit, und als sie im Mittelalter wieder auftauchte, wurde sie in Acht und Bann gehoben.

Die christliche Kirche hat durch eine hervorragend unweisse und selbstmordtheitliche Politik die freidenkenden Sprossen unserer Ahnen brutalisiert. Infolge dieser noch mehr heiligenswerten Politik ist das alte Denken und jener echte Adel, der es aufweist, sich das Leben durch eine lebenslangen Lüge zu verschaffen, durch religiöse andauernde Verfolgungen fast ausgelöscht worden. Man schaute, in den 3 Jahrhunderten zwischen 1471 - 1761 stets jährlich 1000 Menschen allein in Spanien von der heiligen (?) Inquisition hingerichtet oder eingekerkert worden. In Italien ist die Wuth dieser Verfolgung sogar noch schlimmer gewesen, während in Frankreich im 17. Jahrhundert 3-4000 Protestanten im Gefängnis, am Galgen oder durch das Fell umkommen sind.

In Deutschland traten an die Stelle der Inquisition die schändlichen, schenktengenossenlösungen und dadurch wurden die Sennen und Medien (denn meistens waren die Organe solche) systematisch ausgerottet. Erst der allernächste Zeit blieb es vorbehalten, sie wieder herzurütteln und durch die verdeckten Lehre durch die von ihr am Krankenbett erlittenen, geradezu aufsehenerregenden Erfolge, eine eminent praktische Bedeutung zu verschaffen wußte. Kein Wunder, daß der neue, so weit ausbaudende Lehre sehr bald überall unter den Arzten begeisterte Jünger erfuhr, die nicht mehr mit physi-

kalischen und chemischen Mitteln, sondern durch das gesprochene Wort, durch die Suggestion, die Leiden und Gebrechen ihrer Kranken zu heilen und zu lindern suchten und auch verstanden.

Ebensoviel ist es zu verumundern, daß der neuen Heiltherapie zahlreiche erbitterte Gegner erwuchsen. Diese nun versuchten es, der so schnell um sich greifenden Lehre zuvor durch die Worte abzuhauen, daß sie den ganzen Hypnotismus für einen plumpen Schwund erklären. Als dies angefangen die sich von Tag zu Tag mehrenden Heilresultate und gegenüber einer Reihe von wissenschaftlich dochstehenden Arzten nicht mehr möglich war, auch die aller Welt angänglichen Vorstellungen des Dänen Karl Hansen, die auf Wahrheit beruhenden Thatsachen bestanden, da wurden sie nicht minder, mit dem Vollzählig ihres wissenstüchtigen Autorität das Hypnotischen für ein dem Patienten höchstes Beginnen, dessen Rügen den Schaden leineswegs aufzuwege, zu verschrecken, ja in einzelnen politisch regierten Ländern, die Verbote und den ganzen Regierungs-Apparat zu veranlassen, die Anwendung der hypnotischen Suggestion jellte durch Ärzte, (daß den Leuten das Hypnotischen verboten werden soll, das bestreiten auch ihre Anänger, forderen es vielmehr mit Recht ganz energisch), durch Ministerialkreise und Polizeimakreisregelungen aller Art einschränken oder gar unter Strafe zu stellen.

Diesen ärztlichen Denunziationen ist es nun zu danken,

dab in Frankreich den Militärärzten das Hypnotischen verboten und in Russland seit vergangemem Jahre dem einzelnen Arzte das Hypnotischen nicht mehr gestattet. Jede Art von Bekanntmachungen über hypnotische Behandlung und damit die freie wissenschaftliche Diskussion über sie, unter Verbot gestellt ist.

Gegen alle diese Angriffe und Polizei-Maßregelungen haben sich in einer Gutachtenammlung unter Führung des Redakteurs des Zeitschrift für Hypnotismus, Dr.

S. Grohmann, eine Menge der herausragendsten Vertreter des Hypnotismus aus allen Ländern zu einem Gegenstück bringt die Gutachten im Originaltext, die zweite in deutscher Sprache. Bald sollen Ausgaben in englischer, französischer, italienischer und russischer Sprache folgen. Es dürfte großen Aufsehen erregen.

In der klar und anziehend geschriebenen Vorrede geht zunächst Dr. Grohmann, ein praktischer Suggestionstherapeut bei organischen Erkrankungen, scharf ins Gericht.

Gegent den Fall, die Gefahren des Hypnotismus beständen in dem behaupteten Maße tatsächlich, hätten die Segen ein Recht, den Hypnotismus angehörs jener nicht überzeugenden, zäfflichen, ancheinend oft wunderbaren Heilungen deshalb zu verbannen, weil er gefährlich sei?

Hätten sie dann ein Recht, in deren ärztlicher Praxis Dinge, wie häufige Chloroform-Tode, unzählige Arzneiverstüppungen (Quackäler), Morphiumismus, Cocainismus, Jodismus, Bromismus u. s. m. behandigt auf der Tageordnung stehen?

Weiter sind aber die Gefahren, die dem Hypnotismus vorgeworfen werden? — Selbst dessen wähndet. Segner behauptete nur, daß er in einzelnen Fällen nervös mache und daß man auf die Hypnose nur da oder dort einmal einen hysterischen Anfall habe folgen sehen. Als ob dies nicht anders Hilfsvorfälle auch zur Last stelle. Aber soweit selbst die unangenehmen Erfahrungen nach dem Hypnotismus beobachtet wurden, trägt an ihnen nicht der Hypnotismus selbst die Schuld. Sie alle werden lediglich verursacht durch ungewöhnliche Hypnotisationsmethoden, durch ungeschickte Suggestionen, durch Mangel an Nahrung und Erfahrung, wie dies besonders aus den jüngst von Dr. Friedrich veröffentlichten Versuchen hervorgeht, auf die hin Professor v. Biemont den Hypnotismus gänzlich verdammt.

Die Gutachten sind durch bekannte Ärzte von gutem Klang, durch ernsthafte Forcher unterschrieben, z. B. die Professoren Bernheim, Foer, Nam, A. Tschirnburg, Delbois, v. Krafft-Ebing, Obersteiner, Danilewski, P. Janet, Moreau, Liejols, v. Bilitzki, Beaunis, Dr. Moreau u. a. Aber nicht nur den Behauptungen über die Gefahren in medizinischer Sicht tritt das Buch entgegen, sondern auch denen in juristischer Sicht.

Landesbibliothek Oldenburg

